

B E S C H L U S S

aus der 11. Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Familien und Sport
am Montag, 30.01.2023

Öffentlicher Sitzungsteil

3.	Einführung eines Freiwilligen Polizeidienstes in Erbach	VL-171/2022 1. Ergänzung
-----------	--	-------------------------------------

Herr Gänssle stellt den Antrag über die Einführung eines Freiwilligen Polizeidienstes in Erbach vor.

Bürgermeister Dr. Peter Traub ergänzt, dass es mit der Vorlage bereits eine ausführliche Erläuterung gab. Der Freiwillige Polizeidienst ist ein positiver Beitrag für die subjektive und objektive Sicherheit in Erbach.

Vorsitzender Pilger gibt zu bedenken, dass dieses Vorhaben nicht unproblematisch ist. Es kann zu einer Gefährdung der freiwilligen Polizeibeamten/-innen kommen, da diese nach 50 Ausbildungsstunden nicht ausreichend vorbereitet seien. Ebenso sei die Aufwandsentschädigung problematisch, da andere Ehrenamtliche wie beispielsweise die Freiwilligen Feuerwehren keine Entschädigung erhalten.

Herr Thern erläutert, dass im Rahmen des Freiwilligen Polizeidienstes keine Aufgaben der Landespolizei übernommen werden. Es sollen lediglich die Einwohner beraten, unterstützt und bei Verstößen die Fälle an die Landespolizei oder das Ordnungsamt weitergeleitet werden.

In einigen Beiträgen wird befürwortet, dass dadurch die Anzahl an illegalen Müllablagerungen und Vandalismus an Gebäuden oder öffentlichen Plätzen verringert werden kann. Ebenso wird befürwortet, dass es durch den Einsatz von Erbacher Bürgerinnen und Bürgern eine bessere Verbindung zwischen der Landespolizei, der Verwaltung und den Einwohnern von Erbach gibt.

Bemängelt wird, dass durch den Einsatz von freiwilligem Polizeipersonal ein falsches Signal der Unsicherheit in Erbach hervorgerufen werden könnte. Ebenso kann es durch mangelnde Ausbildung zu Gefahrensituationen kommen, die die freiwilligen Hilfskräfte überfordern könnten.

Herr Schwinn stellt die Frage, wie die Einsatzzeiten und Kompetenzen geregelt sind. Herr Gänssle erläutert, dass es sich um maximal 25 Stunden Einsatzzeit pro Monat handelt. Jede begonnene Stunde wird mit 7 Euro pro Person entschädigt. Es sollen immer zwei Personen gleichzeitig im Dienst sein. Bürgermeister Dr. Peter Traub ergänzt, dass der Freiwillige Polizeidienst keine Aufgaben der Landespolizei übernimmt. Diese sollen sich lediglich um Themen wie beispielsweise illegale Müllablagerung, Vandalismus oder respektlosem Verhalten in der Stadt befassen und dieses Fehlverhalten weiterleiten.

Herr Thern informiert, dass die Bewerber durch die Landespolizei sorgfältig auf ihre Eignung geprüft werden. Nach der Ausbildungszeit von 50 Stunden haben diese mehr Befugnisse als private Sicherheitsdienstleister. Weiterhin wird erläutert, dass eine vertragliche Gebundenheit nur entsteht, sollte man den Dienst im Verbund mit anderen Städten und Gemeinden organisieren. Eine Testphase wäre möglich, wirkt sich jedoch auf die Förderung des Projektes aus.

Damit der Freiwillige Polizeidienst im Januar 2024 starten kann, muss dies bis spätestens 3. März 2023 beschlossen werden. Die Mittel für die Ausbildung sind in der Planung des Haushalts 2023 enthalten.

Es wird um Erfahrungswerte von anderen Kommunen gebeten. Herr Thern informiert, dass in der direkten Umgebung noch keine Kommune den Freiwilligen Polizeidienst eingeführt hat. Die Städte Michelstadt, Bad König und Oberzent haben ebenfalls Interesse. Die Städte Lampertheim und Viernheim haben den Freiwilligen Polizeidienst bereits eingeführt und geben durchweg positive Rückmeldungen. Diese geben an, dass es einmal im Monat ein Treffen gibt, bei dem die aktuellen Schwerpunkte der Einsätze festgelegt werden. Die Planung übernimmt die Landespolizei.

Nach ausführlicher Diskussion wird über den Antrag abgestimmt.

Beschluss:

Es wird beschlossen, den freiwilligen Polizeidienst in Erbach einzuführen und einen öffentlich-rechtlichen Vertrag mit dem Land Hessen abzuschließen.

Darüber hinaus soll eine interkommunale Zusammenarbeit mit den Gemeinden Bad König und Michelstadt, in denen der Freiwillige Polizeidienst ebenfalls umgesetzt werden soll, angestrebt werden.

Abstimmung:

3 Ja-Stimme(n), 5 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)